Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Freitag, den 29. Mai 1925.

Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 64.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109, Hof, rechts. Tel. 36-90. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5–6 Uhr. Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat Mai beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

Spitzenhöschen und Regierungskrise.

Genau sieben Wochen dauert die belgische Regierungskrise; es ist ein Rekord, denn im Jahre 1856 waren vier Wochen notwendig, um dem Lande ein Kabinett zu verschaffen. Die Presse aller Länder veröffentlicht täglich trockene Bulletins vom politischen Kriegsschauplatze, aber sie hat bisher die Skandalaffäre, deren Ausgangspunkt die schier unentwirrbare Krise bildet, nicht in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen. Was sich die Politiker in den Cafés des Boulevard Anspach erzählen, davon liest man im Auslande nicht ein Wort. Freilich, die Geschichte hat mit hoher Politik nichts zu tun; sie gehört teils in den Gerichtssaal, teils enthält sie einen pikanten, an „Sittenromane" erinnernden Beigeschmack. Tatsache ist: die belgische Regierungskrise hat sich deshalb so bedenklich zugespitzt, weil der liberale Deputierte Brassine seiner Tochter einen gestohlenen Brautschatz — aus herrlicher Unterwäsche und wundervollen Spitzenhöschen bestehend — mit in die Ehe gab, und weil der frühere Kolonialminister Renkin, Anwärter auf den Posten des Ministerpräsidenten, den Deputierten Brassine als ehrlichen Mann bezeichnete, was — leider! — nicht der Fall ist...

Brassine war zur Zeit, als die Deutschen Belgien besetzt hielten, ein außerordentlich findiger Geschäftsmann. Zugleich ein großer Patriot, denn beides läßt sich, wie man weiß, sehr leicht unter einen Hut bringen. Er verschaffte den Deutschen allerlei Erleichterungen und sorgte auch dafür, daß seine Landsleute — hauptsächlich diejenigen, die sich durch Geldleistungen erkenntlich zeigen konnten — glimpflich behandelt wurden, falls sie in Schwierigkeiten gerieten. Brassine bildete die Vorsehung der Geschäftsleute, die mit den Deutschen in Beziehungen traten; er bemühte sich um Enthaftung verdächtiger Belgier. Sein Ruf verbreitete sich im Lande. Klienten strömten ihm zu, die belgische Regierung verwertete Brassines Beziehungen. Brassine sorgte für strengste Diskretion. Niemand erfuhr, wem er seine Macht verdankte. Erst in den Nachkriegsjahren, die so manche peinliche Enthüllungen gebracht haben, wurde über Brassines Beziehungen etwas bekannt. Eine fesche, galante Ungarin, „Maruschka" nannte man sie, machte mit dem Brüsseler Kompagniegeschäfte. Sie benutzte ihre Liäsons, um die Wünsche ihres belgischen Freundes durchzusetzen. Während des Krieges florierte der Betrieb und warf einen schönen Gewinn für beide ab. Die Ungarin hatte sich eine luxuriöse Wohnung eingerichtet, besaß eine kostbare Garderobe, kurz, der Krieg war für sie siegreich. Als der Friede ausbrach, mußte sie an schleunige Abreise denken. Sie eilte zu Brassine. Verlangte von ihm, daß er ihre teuersten Stücke — Kunstgegenstände, Bilder, Gobelins usw. — nebst einem Schrank, mit feinster Leibwäsche gefüllt, für sie aufbewahrte. Der langjährige Freund akzeptierte; es war auch nicht anders zu erwarten. Die Ungarin reiste ab. König Albert kehrte mit seiner Regierung nach Brüssel zurück. Unter den ihn Begrüßenden befand sich der „Großkaufmann" Brassine. Es kam der große Ordensregen, Brassine stellte sich darunter. So wurde er in drei Jahren mit den höchsten Auszeichnungen bedacht. Voriges Jahr rückte er zum Ritter des Leopold-Ordens empor, wurde Gemeinderat. Eine Straße trägt seinen Namen. Selbstverständlich gehört er den ultranationalistischen Verbänden an, wenn er auch Mitglied der liberalen Partei ist. In den letzten Wahlen kam er auf die Liste, die der Exminister Renkin empfahl. Er errang über den sozialistischen Gegner einen leichten Sieg.

Kurz nach den Wahlen stattete die Ungarin dem mächtig gewordenen Freunde einen Besuch ab. Sie wollte ihre Spitzenhöschen und die vielen anderen schönen Sachen holen. Der brave Brassine schüttelte den Kopf. Nein, davon wisse er nichts. Die Ungarin protestierte entschieden gegen diese Behauptung. Und das mit um so größerem Nachdruck, da auf dem Kaminsims ausgerechnet ihre Empire-Garnitur stand. Der Belgier wollte ihr also die Pendule stehlen. Nein, das ließ sie sich nicht gefallen! Ein Advokat interessierte sich aus politischen Gründen für die Sache. Brassine wurde vernommen und erklärte, daß er die Garnitur bei irgendeinem ihm nicht mehr bekannten Althändler gekauft habe. Auf diese Weise war also dem Manne nicht beizukommen. Immerhin zirkulierten Gerüchte. Renkin wurde angegriffen, weil er für Brassine eingetreten war. König Albert, der Renkin für die Kabinettsbildung in Aussicht genommen hatte, sah sich genötigt, auf die Berufung dieses „leicht angespitzten Politikers" zu verzichten. Vandervelde bedauerte es, denn mit Renkin hätte er sich am Ende doch eher verständigen können, als mit den Katholiken. Kurzum, die Affäre Brassine begann auf

Thugutt endlich zurückgetreten.

Premierminister Grabski will dem Beispiel folgen.

Der Klub der Arbeit, zu dem Vizepremierminister Thugutt gehört, entwickelt seit kurzer Zeit eine außergewöhnlich rege Tätigkeit. Die fünfköpfige Fraktion nimmt fast zu jeder Angelegenheit Stellung. Seit einiger Zeit wird dem Klub aber seitens demokratischer Elemente angedeutet, daß seine Arbeit fruchtlos bleiben muß, wenn Thugutt im Grabskischen Rechtskabinett bleibt und dadurch den Unterschied zwischen Reaktion und Demokratie in Polen verwischt.

Gestern beschloß der Klub der Arbeit, von Thugutt den Rücktritt zu verlangen, da er für die parlamentarische Arbeit notwendig ist. Gegen 7 Uhr abends erschien Thugutt bei Grabski und überreichte sein Rücktrittsgesuch. Heute wird er vom Staatspräsidenten empfangen, den er um die Beschleunigung des Rücktritts bitten will.

In Verbindung mit dem Rücktritt Thugutts hat der Klub der Arbeit eine Entschließung bekanntgegeben, in der es heißt: „Die Wirtschaftslage des Staates und der Arbeiterschaft verschlechtert sich mit jedem Tage. Das Dorf hat die Grenzen des Elends überschritten. Die Staatsbeamten hungern. Die Einfuhr von Luxusartikeln ruiniert den Staat und füttert nur die Polypen, die das arbeitende Volk aussaugen. Die Verarmung der Dorf- und Stadtbevölkerung macht sie zu größerer Produktion unfähig. Die leichten Gewinne haben die Industriellen demoralisiert und sie unfähig gemacht, mit dem Auslande zu konkurrieren. Anstelle einer produktiven Industrie schießen Bankhäuser empor, die das Volk ausbeuten. Die Regierung versteht es nicht, die Lage zu beherrschen. Die Einfuhr von Wein und Seide deckt man mit Verträgen, die Polen die Ausfuhr von Automobilen und Bürsten erleichtern sollen, welche bei uns nicht hergestellt werden. Die passive Bilanz des Staates will man durch die Aufrichtung einer chinesischen Mauer, durch teure Pässe aufbessern. Unter dem Vorwande eines Sturzes der Teuerung setzt man die Hungerlöhne der Beamten herab. Die Regierung ignoriert das arbeitende Volk in jeder Beziehung."

Dieser Auftritt der bisherigen Regierungspartei zeigt, daß es um das Grabski-Kabinett schwach bestellt ist.

* * *

Wie in den Wandelgängen des Sejm gestern gesprochen wurde, trägt sich auch Grabski mit der Absicht, Thugutt zu folgen.

Faschistenmorde überall.

Sicherheitschef und Mörderhäuptling De Bono. — Faschistenmord in Deutschösterreich.

In den Kreisen der italienischen Regierung und bei den Führern der faschistischen Partei herrscht gegenwärtig große Aufregung; sie soll ihren Grund in der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts bei dem als oberster Gerichtshof fungierenden Senat in dem Verfahren gegen den Senator De Bono haben. Wie allwählich durchsickert, sind die Schlußfolgerungen der Anklageschrift äußerst **kompromittierend** für die Regierung und die Faschistenführer. Gewisse Indiskretionen, die in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, lassen es als feststehende Tatsache erscheinen, daß De Bono, seinerzeit Generalissimus der faschistischen Miliz und Chef der öffentlichen Sicherheit, das Haupt der faschistischen Tscheka war und sie nach den Winken der Regierung Mussolinis lenkte. Danach erfolgten die Attentatsversuche gegen die Abgeordneten Misuri und Amendola auf Anordnung der Tscheka De Bonos. Außerdem ist De Bono an der Ermordung Matteottis mitbeteiligt. Vier von den sieben Urhebern der Ermordung Matteottis waren **Mitglieder** der faschistischen Tscheka. Die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts kommt zu dem Schluß, daß nicht nur De Bono, sondern auch die übrigen wegen der Ermordung Matteottis Angeklagten vor dem Obersten Gerichtshof abzuurteilen seien, da die Verantwortlichkeiten so eng verknüpft seien, daß sich eine Scheidung nicht durchführen lasse.

In Wien wurde der Mödlinger Vorstand der Sozialistischen Partei, Leopold Müller, von faschistischen Mordbuben auf offener Straße niedergeschlagen und durch mehrere Schüsse schwer verwundet. Die Hakenkreuzler schleiften Müller dann noch durch einige Straßen und ließen erst von ihrem Opfer ab, als Schutzmannschaften eingriffen. Müller ist auf dem Operationstische gestorben.

Das arbeitende Volk der Stadt Wien ist aufgewühlt von leidenschaftlicher Empörung über die Mörder, über die Mordorganisationen, über alle, die den Mördern Vorschub leisten, den Mördergeist, den Geist des Hasses und der Gewalt gegen die Arbeiterklasse züchten und verklären. Die Beerdigung des Müller gestaltete sich daher zu einer gewaltigen Kundgebung gegen den Geist des Mordes, der in den österreichischen Faschistenorganisationen eine Heimstätte gefunden hat.

Der Aufmarsch der hunderttausendköpfigen Menge sowie die Reden am offenen Grabe waren eine ernste Mahnung an die Regierung, die für diesen Mord verantwortlich ist, weil sie die Faschistenorganisationen nicht nur duldet, sondern sogar hätschelt.

den Gang der Ereignisse höchst nachteilig einzuwirken.

Da kam der Skandal. Dem Staatsanwalt wurde von einer „nicht genannt sein wollenden" Person ein Briefchen zugestellt, in dem es heißt: „Die Spitzenhöschen der Ungarin befinden sich im Schrank der Tochter Brassines; sie wurden ihr u. a. als Aussteuer mitgegeben." Man denke: die Tochter eines hochangesehenen Mannes und Ritters des Leopold-Ordens trägt die Leibwäsche einer Demimondäne. Das war mehr, als die anständigen Brüsseler vertragen konnten. Denn — und das ist das Merkwürdige — der anonyme Brief an den Staatsanwalt gelangte fast gleichzeitig in den Besitz der angesehensten Bürger der belgischen Hauptstadt. Unverzüglich fand im Hause der Tochter Brassines eine Untersuchung statt. Mühelos wurden die Spitzenhöschen entdeckt; die Ungarin erkannte sie sofort. Alles kam zum Vorschein.

Der Deputierte ist aufs Schwerste kompromittiert, seine Frau wollte Selbstmord verüben; der Schwiegersohn beantragte Scheidung. Renkin hat sich unmöglich gemacht. Die Partei weiß nicht, was sie beginnen soll. Vorläufig bemüht sie sich, ihren Chef, Renkin, einen halbwegs erträglichen Rückzug zu sichern. Brassine ist erledigt. Er weilt momentan auf seinem Landgute. Mit dem „Wäschedieb" wollen nicht einmal die patriotischen Verbände etwas zu tun haben.

Die Regierungskrise aber dauert weiter. K.D.

Es waren also doch nur 35 Millionen Dollar.

Seinerzeit behaupteten die Rechtsblätter, die Regierung habe aus Amerika eine Anleihe von 50 Millionen Dollar erhalten, während die Oppositionspresse feststellte, die Anleihe betrage nur 35 Millionen. Nunmehr stellt es sich heraus, daß die Oppositionspresse recht hatte, obwohl das Finanzministerium keine Anstalten machte, die Zeitungen der rechten Parteien zu korrigieren. Dieser Tage trifft der Bevollmächtigte des amerikanischen Konzerns Dillon Read and Co., Herr Dillon in Warschau ein, um über die 15-Millionen-Anleihe zu verhandeln.

Die 35-Millionen-Anleihe wurde an das Finanzministerium bereits ausgezahlt.

„Witos organisiert ganz Polen".

Dieser Ausspruch sieht in der Praxis anders aus.

Am vergangenen Sonntag veranstaltete der „Piast" in Rzeszow einen Parteikongreß. Erscheinen sollten Tausende. Als man sich aber den Schaden besah, waren es im ganzen nur an 300 Bauern. Vor dem Gebäude aber, in dem der Kongreß stattfinden sollte, sammelten sich gegen 5000 Bauern der linken Bauernparteien an, die an dem Kongreß teilnehmen wollten, aber nicht hereingelassen wurden.

Die Abgeordneten der radikalen Bauernpartei, Pluta und Pawlak, hielten deswegen unter freiem Himmel eine Versammlung ab, in der sie die Politik der Piasten verurteilten. Gleichzeitig wurden Resolutionen gefaßt, die die Beibehaltung des gleichen Wahlrechts sowie die Rückkehr Marschall Pilsudskis in die Armee forderten.

Die fünftausendköpfige Menge zog darauf durch die Stadt. Als Witos nach Rzeszow ankam, mußte er bei der Polizei Schutz suchen und seine Haut in der Privatwohnung des Starosten in Sicherheit bringen.

Mit der Organisierung ganz Polens durch Witos sieht es also sehr schlecht aus.

Der Kampf um billige Pässe.

In der Finanzkommission ist die Debatte über die Erhöhung der Paßgebühren eröffnet worden. Die Tendenz der Regierung geht dahin, die hohen Paßgebühren beizubehalten. Bisher sprach nur der Referent. In der heutigen Sitzung ist ein schwerer Kampf zu erwarten, da die Meinungen der einzelnen Parteien in dieser Angelegenheit weit auseinandergehen. Auch Abg. Kronig von der D. A. P. wird das Wort ergreifen, der bekanntlich den Antrag gestellt hat, die Auslandspaßgebühren auf 10 Zloty und bei Vorlegung eines Armutszeugnisses auf 2 Zloty zu erniedrigen.

Die Aushungerung der Angestellten

In der Kommission für Arbeitsschutz kam gestern die Frage der Versicherung der Angestellten gegen Arbeitslosigkeit zur Sprache. Die „Wyzwolenie" und der „Piast" stellten den Antrag, über die Vorlage zur Tagesordnung überzugehen und zu warten, bis das allgemeine Gesetz über den Schutz vor Arbeitslosigkeit in Kraft tritt. Da dieses Gesetz noch nicht einmal vorbereitet wird, so kann es noch 2 Jahre dauern, ehe uns der Sejm mit diesem Gesetz beglückt.

Dem Eingreifen der Abg. Frau Prauß von der P. P. S. ist es zu danken, daß der Antrag nicht angenommen wurde. Es wurde nämlich beschlossen, die Abstimmung bis nach den Feiertagen zu verschieben, so daß die Situation vorläufig wieder einmal gerettet ist.

Das Hungergespenst.

Die Regierung für freie Getreideausfuhr.

Das Wirtschaftskomitee beim Ministerrat hat beschlossen, vom 1. August ab den Ausfuhrzoll für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Mehl aufzuheben. Dieser Beschluß wird mit der günstigen Ernteaussicht motiviert.

Auch im Mai des vergangenen Jahres hatten wir eine sehr günstige Ernte in Aussicht. Dann kam Hagel und Unwetter, so daß die Ernte nur ein Drittel der Durchschnittserträge ausmachte. Da die Regierung an zahlreiche Gesellschaften die zollfreie Getreideausfuhr bereits gestattet hatte und dieselbe, weil hinter den Gesellschaften einflußreiche Politiker standen, nicht mehr zurückziehen konnte, so rächte sich diese kurzsichtige Geschäftspolitik auf bittere Weise, denn die ungeheure Wirtschaftskrise, in der wir augenblicklich leben, ist eine Folge dieser Politik.

Die Juden unter sich.

Abg. Grünbaum gegen Verhandlungen mit der Regierung.

Der Jüdische Klub beriet in einer stürmischen Sitzung über die Angelegenheit der Mandatniederlegung durch den Abg. Grünbaum. Abg Grünbaum hat nämlich sein Mandat dem zionistischen Parteirat zur Verfügung gestellt, weil er mit der Politik des Klubs nicht einverstanden ist. Abg. Grünbaum sprach sich bekanntlich wiederholt in sehr scharfer Weise gegen jegliche Verhandlungen mit der Regierung aus.

* *

Die Politiker der Lodzer „Freien Presse".

In ihrer heutigen Ausgabe berichtet die „Freie Presse", daß Abg. Grünbaum sein Mandat niedergelegt hat, weil ihm sein Klub in der Politik der Unterstützung der Regierung nicht folgen will. Wir müssen die „Freie Presse" wieder einmal korrigieren: Grünbaum ist im Gegenteil gegen jeden Schacher mit der Regierung. Außerdem hat Abgeordneter Grünbaum sein Mandat nicht niedergelegt, sondern es nur seiner Partei zur Verfügung gestellt. In der gestrigen Klubsitzung wurde beschlossen, Grünbaum zu bitten, das Mandat zu behalten, da man volles Vertrauen zu ihm hat.

O, ihr armen Auchpolitiker, warum quält man euch so, in einer Branche zu arbeiten, wo euch das Butterblumensammeln doch viel besser liegt!

Sejm.

Obstruktionsreden der jüdischen Abgeordneten.

In der Dienstagsitzung des Sejm wurden die Verbesserungen besprochen, die zur 3. Lesung des Gesetzes über die Umrechnung der Staatsanleihen eingebracht wurden.

Als man zur Debatte über die Frage der Konzessionserteilung schritt, stellte Abg. Moraczewski den Antrag, diese Angelegenheit zur Behandlung an die Kommission zu senden. Der Antrag war im Sinne des Jüdischen Klubs, der an der Frage der Konzessionserteilung lebhaft interessiert ist, gehalten. Die Abstimmung erfolgte durch die Tür. Und da schlug die Endecja den Juden ein Schnippchen und stimmte gegen den Antrag, obwohl zwischen den Juden und der Endecja eine Vereinbarung bestand. Gegen diesen Verrat der Endecja suchten sich die Juden zu rächen. Sie hielten große Obstruktionsreden, um diesen Punkt nicht zur Debatte zuzulassen.

* * *

Vor der gestrigen Sejmsitzung fand eine Sitzung des Seniorenkonvents statt, in der beschlossen wurde, die Frage der Konzessionen bis nächsten Mittwoch zu verschieben, so daß auch die angekündigte Obstruktion der jüdischen Abgeordneten verschoben wurde. Beraten wurde über die Ersparnisse der amerikanischen Emigranten und die Valorisierung derselben.

Amundsen auf Alaska?

Nach einem in Neuyork eingetroffenen Telegramm soll Amundsen in Alaska gelandet sein. Einzelheiten darüber fehlen.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(75. Fortsetzung.)

Der Berg war nach dem Brechen des Eises um beinahe dreißig Grad gekippt. Dann war er mit der Unterkante auf den Grund dieses so plötzlich entstandener Sees aufgestoßen und zur Ruhe gekommen. Alle Eingänge des Baues waren dabei tief unter den Wasserspiegel geraten.

Erik Truwor kam zu den beiden Freunden zurück. Er traf Silvester in leisem Gespräch mit Atma. Die blassen, abgespannten Züge Silvesters verrieten seelisches Leiden. Das Bewußtein, daß er durch seine Unvorsichtigkeit das Unglück verursacht hatte, lastete schwer auf ihm. Mit gedämpfter Stimme erläuterte er dem Inder die Möglichkeiten und Mittel, durch die man sich befreien, vielleicht sogar die alte Lage des Berges wieder herstellen könne.

Atma lauschte aufmerksam seinen Worten, saß an seiner Seite und hatte Silvesters Rechte zwischen seinen Händen.

Erik Truwor ließ sich schweigend an dem Tisch nieder. Er verharrte in seinem Schweigen, aber seine Miene verriet, wie es in ihm kochte. Immer tiefer, immer steiler gruben sich die Falten in seine Stirn. Verachtung und Abweisung spielten um seine Lippen.

Silvester glaubte jetzt, die richtige Lösung gefunden zu haben. Man mußte den Berg so weit ausschmelzen, daß er frei schwamm und schwimmend sich in seine alte Lage zurückhob. Der Einfluß Atmas übte seine Wirkung auf Silvester. Er wurde ruhiger und eifriger. Eine leichte Röte überhauchte sein Antlitz, während er mit Bleistift und Papier die jetzige Lage des Berges skizzierte und entwarf, wie man mit der Ausschmelzung Schritt um Schritt vorgehen müsse.

Dröhnend fielen die Worte Erik Truwors in diese Erklärung: „Wie lange dauert das? — Wie viele Tage und Wochen gehen uns dadurch verloren? Ich sitze hier in der Falle, abgeschnitten von der Welt... unfähig, zu erfahren, was draußen vorgeht... unfähig, meine Macht wirken zu lassen, meinen Befehlen die Ausführung zu erzwingen...

Eine schöne Macht, die von Weiberdienst und Weiberlaunen abhängig ist... Der Welt Befehle geben... zum Spott der Welt werden wir dabei..."

Silvester erblaßte. Er zuckte zusammen, als ob jedes einzelne dieser Worte ihn körperlich traf.

„Verzeihe mir, Erik. Es war meine Schuld. Aber ich sehe schon den sicheren Weg zur Rettung."

„Den Weg zur Rettung?... Als ob es sich darum handelte... Ich weiß, daß wir nicht verloren sind, solange wir auch nur den kleinen Strahler bei der Hand haben. In zehn Minuten können wir uns einen Weg ins Freie brennen. Mag der Eisberg dann stehenbleiben oder noch tiefer fallen. Irgendein Flugschiff können wir uns auch mit dem kleinen Strahler heranholen und bewohntes Gebiet erreichen. Aber unsere Einrichtung ist verloren. Meine Pläne erfahren einen Aufschub von Monaten..."

Erik Truwor sprang erregt auf.

„In der Zwischenzeit verliert die Welt die Furcht vor mir.."

Ein Zucken durchlief den Körper Silvesters.

Atma erhob sich und trat auf Erik Truwor zu. Sein Gesicht suchte den flirrend ins Weite gerichteten Blick Erik Truwors, bis er ihn gefunden hatte.

„Wer gab dir die Macht?"

Minuten verstrichen, bis die Antwort von den Lippen des Gefragten kam.

„Der Strahler!"

„Wer schuf den Strahler!"

Noch einmal eine lange Pause.

Dann kam zögernd und etwas beschämt die Antwort: „Silvester... du hast recht, Atma. Silvester gab uns die Macht. Wir dürfen ihm nicht zürnen, wenn sie jetzt durch sein Versehen gelähmt wurde."

„Ich habe ihm nie gezürnt."

Der Inder sagte es in seiner ruhigen Weise und fuhr fort, bevor Erik Truwor etwas darauf erwidern konnte: „Es ist nicht Zeit zum Streiten, sondern zum Handeln. Dein Plan, Erik, den Berg einfach zu verlassen, entsprang dem Zorn. Silvester weiß besseren Rat. Den Plan, den Berg zu heben, von hier aus die Mission zu erfüllen."

Die Worte Atmas trafen das Richtige und Notwendige. Auch Erik Truwor konnte sich ihnen nicht entziehen.

Es galt, die augenblicklichen Lebensmöglichkeiten zu überschlagen.

Der Luftvorrat in den Höhlen mußte nach oberflächlicher Rechnung für wenigstens eine Woche langen. Im obersten Gange befanden sich Lebensmittel für mehrere Wochen. Durch einen glücklichen Zufall war dort auch ein Lager von allerlei Werkzeugen und Hilfsmaschinen untergebracht.

Die Lage war ernst, aber für den Augenblick wenigstens nicht verzweifelt.

Doch doppelt und dreifach hatte Atma recht, als er auf die Notwendigkeit eiligen Handelns hinwies. Die Wiederherstellung des alten Zustandes mußte jetzt ihre Hauptsorge sein.

Es war als ob das Schicksal sie narren wolle. Eben noch Gebieter der Welt, Pläne schmiedend, wie sie der Welt ihren Willen kundtun und aufzwingen könnten. Und jetzt die Mittel für die Rettung des Lebens beratend. Es galt den Kampf gegen eine Million Kubikmeter Eis. Gegen diese gigantische Frostmasse, in deren Mitte sie eingeschlossen waren wie in einer Grabkammer der pharaonischen Pyramiden.

* * *

(Fortsetzung folgt.)

Vor einem Bruch zwischen England und Frankreich

Der Rücktritt Chamberlains eine Frage von Tagen.

Zwischen England und Frankreich scheinen die Meinungsverschiedenheiten in der Garantiefrage fast unüberbrückbar geworden zu sein. Wenn die englische Regierung auch geneigt ist, die französische Politik weiter zu unterstützen, so will sie die französische These in bezug der deutsch-polnischen Grenze keinesfalls anerkennen.

Die englische Presse droht bereits ganz offen, daß die deutsche Regierung den Garantievorschlag zurückziehen wird, falls Deutschland nicht die Möglichkeit gegeben wird, auf dem Wege von Verhandlungen eine Revision der Ostgrenzen durchzuführen. Die konservativen Blätter weisen darauf hin, daß Frankreich ein gefährliches Spiel treibe, denn es verlange von Deutschland die Achtung vor der rheinischen Zone, selbst aber wolle sie dieselbe überschreiten, um gegebenenfalls Polen zu Hilfe zu eilen.

In englischen politischen Kreisen ist man der Meinung, daß, im Falle des Nichtzustandekommens des Garantiepaktes, Chamberlain gezwungen sein wird, zurückzutreten. Der Unwillen über Chamberlain ist im Wachsen begriffen. Man wirft ihm zu große Nachgiebigkeit Frankreich gegenüber vor.

In Frankreich ist man davon überzeugt, daß die Situation sehr ernst ist. Man weiß genau, daß der Rücktritt Chamberlains zur Verschärfung der Beziehungen, ja wenn nicht zu einem Bruch zwischen diesen beiden Ländern führen muß. Das englische Kabinett in seiner Mehrheit ist nämlich Frankreich nicht so freundlich wie Chamberlain gesinnt. Tritt dieser zurück, so muß zwischen England und Deutschland notwendigerweise eine Annäherung stattfinden.

Der Marokkokrieg.

Vor einer englischen Intervention?

England verfolgt mit großem Interesse den Feldzug der Franzosen in Marokko. Wie in der Regierung nahestehenden Kreisen versichert wird, befürchtet man, daß Frankreich seine Operationsbasis auch auf spanisches Gebiet ausdehnen wird, um Abd el Krims Streitkräfte von zwei Seiten anzugreifen. Sollte dieser Fall eintreten, so wäre England gezwungen, zu intervenieren und die Mittelmeerflotte durch einige Kriegsschiffe zu verstärken.

Die Mission Maloys in Madrid ist nach einer Erklärung Briands von Erfolg gekrönt gewesen. Danach soll sich das spanische Direktorium mit der Ausdehnung der französischen Operationsbasis auf spanisches Gebiet einverstanden erklärt haben. Man ist nun gespannt, welche Haltung die englische Regierung zu der neugeschaffenen Lage einnehmen wird.

England rückt vom Zionismus ab?

Aus Jerusalem eingetroffenen Nachrichten zufolge, ist die Ernennung Lord Plumers zum Oberkommissar in Palästina von der arabischen Bevölkerung mit lebhafter Befriedigung aufgenommen worden. Die Zustimmung der Araber ist besonders darauf zurückzuführen, daß Lord Plumer nicht, wie sein Vorgänger Sir Herbert Samuel, jüdischer Nationalität ist. Es wird angenommen, daß die englische Regierung die zionistische Bewegung vielleicht ntcht mehr im bisherigen Maße unterstützen wird.

Ein Verbot des Giftkrieges?

Deutschland ist dazu bereit.

Der deutsche Regierungsvertreter auf der Waffenhandelskonferenz in Genf erklärte offiziell, daß die deutsche Regierung bereit sei, eine vorbehaltlose Konvention abzuschließen, die den Gebrauch chemischer Giftwaffen für den Kriegsfall verbietet. Deutschland schließt sich damit einer Forderung an, die der amerikanische Vertreter Burton schon bei Beginn der Konferenz erhoben hat.

Die deutsche Sprache auf der Arbeitskonferenz.

Ein Zwischenfall.

Auf der Arbeitskonferenz kam es zu einem Zwischenfall. Der deutsche Regierungsvertreter Grieser machte seine Ausführungen in der Kommission für die Grundprobleme der Sozialversicherung in deutscher Sprache. Seine Ausführungen wurden ins Englische und Französische übersetzt. Ebenso verlangte ein deutscher Delegierter in der Kommission für die Nachtarbeit in den Bäckereien, daß die englischen und französischen Reden ins Deutsche übersetzt würden. Dagegen protestierte ein belgischer Delegierter; ebenso haben die Vertreter der Länder spanischer Sprache dem Direktor des Arbeitsamts erklärt, daß sie keine Ausnahmebehandlung für Deutschland zugestehen könnten und die gleiche Behandlung für sich beanspruchen. Das Sekretariat hat dies zugestanden, falls die gleichen Voraussetzungen vorliegen. Der Vorfall betrifft die grundsätzliche Frage der Einführung des Deutschen als dritte Amtssprache. Da die deutsche Delegation aber in einer Presseerklärung sich ausdrücklich jede Handlungsfreiheit für die Sprachenfrage vorbehält, bleibt der Eindruck, daß von deutscher Seite jetzt ein Aufrollen der Sprachenfrage geplant wird.

Eine lustige Parlamentssitzung.

In der gestrigen Sitzung des rumänischen Parlaments kam es zu Skandalszenen. Die Opposition griff die Regierung an, die in äußerst taktloser Weise antwortete. Einer der Minister nannte das Parlament ein Freudenhaus. Der Redner der Opposition, Jerk, weinte während seiner Rede wie ein Kind. Die Minister prügelten sich mit den Abgeordneten der Opposition. Das Endresultat der schönen Sitzung sind 6 Duelle.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

Am 27. Mai wurde wieden einige heftige Erdstöße festgestellt. Der Bevölkerung hat sich eine große Panik bemächtigt. Die Einwohner ganzer Städte kampieren auf den Straßen und Plätzen, denn niemand wagt es, in den Häusern zu wohnen.

Die Zahl der Toten ist viel höher als anfänglich angenommen wurde. In Kinosaka, einem Seebade, haben gegen 200 Personen, die gerade während der Katastrophe badeten, durch das stark erhitzte Wasser derartige Brandwunden erlitten, daß sie fast alle eines schrecklichen Todes starben.

Lokales.

Die heutige Nummer der „Lodzer Volkszeitung" erscheint wegen Vorbereitung der Pfingstnummer im verkleinerten Umfange, was wir zu entschuldigen bitten.

Berichterstattungsversammlung. Am Sonntag, den 7. Juni, um 2½ Uhr nachmittags, findet im Saale des Turnvereins „Eiche" in der Alexandrowskastraße 128 eine Berichterstattungsversammlung statt. Sprechen werden: Sejmabgeordneter Artur Kronig und Stadtverordneter Reinhold Klim. Zu der Versammlung werden alle Deutschen herzlichst eingeladen.

Von der Krankenkasse. In der vorgestrigen Sitzung der Verwaltung der Krankenkasse wurde festgestellt, daß einige Aerzte in den Ambulatorien der Kasse anstatt die Kranken erschöpfend zu behandeln, diese einladen, nach ihren Privatkabinetten zu kommen, um sie privat zu behandeln. Den in Frage kommenden Aerzten wurde fürs erste ein strenger Verweis erteilt.

Nach Erledigung einiger Wirtschaftsfragen wurde beschlossen, in allernächster Zeit eine Kinderheilanstalt im Zentrum der Stadt zu eröffnen, um die Ambulatorien in der Karola- und der Petrikauerstraße zu entlasten.

Erhöhung der Gütertarife auf der Eisenbahn. Der Eisenbahnminister hat im Ministerrat die Erhöhung der Gütertarife um 25 Prozent beantragt. In Verbindung damit haben einige Sejmklubs Interpellationen eingereicht, in denen sie Aufklärung über die Wirtschaft im Eisenbahnministerium verlangen, da der Minister noch unlängst bei den Budgetdebatten behauptete, daß die polnischen Eisenbahnen Gewinne abwerfen.

Arbeitslosenunterstützungen. Die neue Rate der Unterstützungen für die Zeit vom 18. bis 24. Mai einschließlich, wird ausgezahlt:

Am Freitag	im Büro	1, 2	von	Nr.	4801—5400
	„ „	3	„	„	2401—3000
	„ „	4	„	„	4401—4950
	„ „	1a 2a	„	„	4501—6000
	„ „	4a	„	„	4551—5500
Am Sonnabend	„ „	1, 2	„	„	6001—6600
	„ „	3	„	„	3001—3520
	„ „	4	„	„	5501—5800
	„ „	1a 2a	„	„	6601—7200

Die Arbeitslosen müssen den Personalausweis, das Abrechnungsbuch, Legitimation und Unterstützungstalon besitzen.

Die Parteiwirtschaft im Magistrat. Die Bezirkskommission der Klassenverbände sandte in Sachen der Beamtenentlassungen im Magistrat ein Memorial an den Minister für Arbeit und soziale Fürsorge, in dem es heißt: Der Magistrat hat in seiner heutigen Zusammensetzung alle verpflichtenden Vorschriften ignoriert. Es ist Tatsache, daß im heutigen Magistrat 25 Prozent mehr Beamte angestellt sind als im Jahre 1923. Allmonatlich werden neue Beamte angestellt, die zu den Mehrheitsparteien gehören, während alte und erfahrene Beamte entlassen werden. 20 Prozent der Beamten sind vollständig unnötig angestellt worden. In dem Memorial fordert die Kommission, daß der Magistrat beauftragt werden soll, die Kündigungen an die etatsmäßigen Beamten zurückzuziehen und daß das Arbeitsinspektorat die Kontrolle darüber übernehmen soll.

Im Lodzer Stadtrat wurden gestern die Budgetberatungen fortgesetzt. Nach der zweiten, schritt man zur dritten Lesung des Budgets. Die Beratungen währten bis in die späte Nacht hinein.

Dr. Alexander Poznanski, einer der gesuchtesten Lodzer Aerzte, ist in seiner Wohnung an der Gdanska 28 im Alter von 63 Jahren plötzlich gestorben. Der Verstorbene war auch als Arzt in der Lodzer Krankenkasse tätig.

Das städtische polnische Theater wurde endgültig Direktor Szyfman aus Warschau übertragen. Das Subsidium der Stadt wird 2000 Zloty monatlich betragen.

Unterschleife in der Lodzer Finanzkammer? Ein höherer Beamter der hiesigen Finanzkammer hat an den Ministerpräsidenten Grabski ein Schreiben gerichtet, in dem er schwere Vorwürfe gegen eine ganze Reihe von Beamten erhebt. Auf Grund dieses Schreibens hat Grabski eine besondere Untersuchungskommission gebildet, die eine Revision der Finanzkammer vornehmen soll. Bemerkenswert ist, daß dem Beamten, der die Anklage erhoben hat, ein Zwangsurlaub erteilt wurde, während die Angeklagten weiterhin freien Zutritt zu den Akten haben, so daß, ehe die Untersuchungskommission mit ihren Arbeiten beginnt, das belastande Material aus der Welt geschafft werden kann. Dies ist ein Vorgehen gegen einen Beamten, das eben nur in Polen denkbar ist. Derjenige, der bemüht ist, Uebelstände abzuschaffen, erhält einen Zwangsurlaub. Die anderen aber, die können inzwischen alles vertuschen. Und so wird dann weitergewirtschaft, zum Schaden des steuerzahlenden Bürgers.

Ein Presseprozeß. Vor dem Lodzer Bezirksgericht hatte sich vorgestern der verantwortliche Redakteur der „Republika" zu verantworten, der der Beleidigung des Lodzer Magistrats deswegen angeklagt war, weil seine Zeitung den Magistrat für den Selbstmord des Direktors der Gasanstalt, Nelkenbaum, verantwortlich machte. Vor Gericht sagten die Zeugen aus, daß Direktor Nelkenbaum nach 27 jähriger Arbeit in der Gasanstalt entlassen wurde, ohne die Emeritur zu erhalten und daß er deswegen in Melancholie geriet. Erst auf Grnnd eines Beschlusses des Aufsichtsrates wurde dem Verstorbenen die Emeritur zuerkannt, doch war es inzwischen zu spät. Zwei Stunden vor dem Beschluß nahm sich Nelkenbaum das Leben. Während der Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die Entlassung Nelkenbaums deswegen erfolgte, weil er nicht Mitglied einer der Mehrheitsparteien war. Rechtsanwalt Kempner stellte an den Zeugen, Stadtverordneten Rapalski, die bezeichnende Frage: „Wäre Nelkenbaum auch entlassen worden, wenn er zur N. P. R. gehört hätte?" Zeuge Rapalski (bestimmt): „Nein!" Der verantwortliche Redakteur, Josef Burman, gab zu, den Artikel vor der Veröffentlichung nicht gelesen zu haben. Dies brachte ihm eine Bestrafung mit 100 Zloty ein.

Selbstmord einer Arbeitslosen. Am Montag abend um 9 Uhr wollte sich die 24 jährige, Targowastraße 36 wohnhafte, Emma F., die vor einer Woche von ihrem bisherigen Posten entlassen wurde und keine Beschäftigung finden konnte, dadurch das Leben nehmen, daß sie sich in der Gluwnastraße unter eine Elektrische der Linie 10 werfen wollte. Der Motorführer bemerkte die Absicht der F. rechtzeitig und brachte den Wagen zum stehen, noch ehe die F. unter die Räder geriet. Die Selbstmörderin flüchtete darauf in den Hof des Hauses 31. Als sich jedoch ein Wagen der Linie 4 in voller Fahrt dem vorgenannten Hause näherte, stürzte sich die F. zum zweiten Male unter die Elektrische. Diesmal führte sie ihre schreckliche Absicht aus. Der Körper der F. wurde zermalmt und der Kopf vom Rumpfe getrennt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Fabrikbrand. Gestern um 11 Uhr abends entstand in der Fabrik von Reitrowski, Pomorska 60, ein Brand. Der Feuerwehr ist es gelungen, einen Teil der Fabrik zu retten. Der Schaden ist bedeutend.

Eine liebevolle Schwiegermutter. Im Hause Wrubla 10 in Baluty hatte der Arbeiter Josef Barciak seine Schwiegermutter als angenehme Zugabe zu seiner Frau in die Ehe mitbekommen. Mit der Zeit wurde ihm die angenehme Zugabe unangenehm und es kam zu kleinen Unannehmlichkeiten zwischen den beiden in Gestalt von lustigen Prügeleien. Als dieser Tage B. seine „angenehme Zugabe" aufforderte, den Wohnsitz anderswohin zu verlegen und ihn mit ihrer Anwesenheit nicht mehr zu beglücken, ergriff die „liebe Schwiegermama" einen Topf mit kochendem Wasser und goß den Inhalt dem „lieben Schwiegersohn" über den Kopf. Der herbeigeeilte Arzt der Rettungsbereitschaft mußte dem B. eine Erholung im Hospital verschreiben. Die Schwiegermutter aber setzte sich durch und blieb in der Wohnung des „lieben Schwiegersohnes", der vorläufig zum Waffenstillstand gezwungen ist.

Vereine.

Der deutsche Realgymnasialverein hielt am Dienstag seine Jahreshauptversammlung ab. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu ersehen, daß die Verwaltung die Absicht habe, das Schulgeld zu ermäßigen. Das Budget umfaßt die Summe von 456095 Zloty. Bei den Neuwahlen (es schieden 6 Verwaltungsmitglieder und 4 Mitglieder der Revisionskommission aus) wurde der Antrag angenommen, alle Herren wiederzuwählen. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

Beim Rothertschen Gymnasium hat sich ein Verein gebildet, dessen Aufgabe es ist, die Lehranstalt in jeder Beziehung zu unterstützen und zu beaufsichtigen. Dieser Tage wurde die Verwaltung des Vereins in folgendem Bestande gewählt: Frau Edith v. Reyher und die Herren: Alfred Eulenfeld, Hugo Gräser, Paul Mannaberg, Arnold Nast, Theodor Peters, Leo v. Reyher, Rudolf Seeliger; als Mitglied des Vorstandes wurde Pastor Schedler kooptiert.

Chr. Commisverein z. g. U. Donnerstag, den 28. Mai, hält Herr Artur Nick einen Vortrag über eine neue Erfindung. Bei dem Vortrage wird eine Vervielfältigungsmaschine der Firma

D. Gestettner, London, vorgeführt. Die Maschine vervielfältigt in kurzer Zeit Drucksachen, Zirkulare nebst Unterschriften, Zeichnungen usw. Es handelt sich um eine Neuerung, die für jedermann von größtem Interesse ist.

Sport.

Die Sportsektion bei der D. A. P. macht allen ihren Mitgliedern und Freunden bekannt, daß ein Ausflug mit originellen sportlichen Darbietungen arrangiert wird. Näheres folgt.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein „Vorwärts" in Bielitz beruft für den 31. Mai 1925, am 1. Pfingstfeiertag, den 3. ordentlichen Bundestag ein, an welchem Vertreter aus Warschau, Kattowitz wie auch Vertreter der Sportsektion der D.A.P. aus Lodz teilnehmen werden.

Aus dem Reiche.

Die Zusammensetzung des Pabianicer Magistrats.

Stw. Otto Herter (D.A.P.) zum Schöffen gewählt.

Am Montag fand im Feuerwehrsaale die zweite Sitzung des neuen Stadtrats statt. Die Stadtverordneten der P.P.S. und der N.P.R. erklärten, daß keine dieser Fraktionen auf das Mandat des Präsidenten reflektiere. Sie beantragten daher, den Präsidenten auf dem Wege der Ausschreibung zu berufen. Der Antrag wurde angenommen. Die Ausführung desselben wurde einer Kommission übertragen, zu der jede Fraktion einen Delegierten entsendet. Der Termin hierfür wurde auf den 5. Juni l. J. festgesetzt.

Hierauf wurde zu den Wahlen des Vizepräsidenten geschritten. Gewählt wurde der Kandidat der N.P.R., Skowronski, für den 17 Stimmen abgegeben wurden. Die Rechten und die Chadecja stimmten dagegen. Fünf Stadtverordnete nahmen an der Sitzung nicht teil.

Für die Schöffenmandate wurden 2 Listen eingereicht. Von der ersten (P.P.S., D.A.P. und N.P.R.) wurden gewählt Otto Herter (D.A.P.), Karol Sulej und Josef Pluskowski (P.P.S.) Von der zweiten Liste (Rechte und Chadecja) wurde der Vertreter der Industriellen Szymanowicz gewählt.

Nachdem beschlossen worden war, daß der Vizepräsident und die Schöffen sofort zur Uebernahme der Magistratsgeschäfte schreiten sollen, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Deutsche Arbeitspartei hat durch das Zusammengehen mit den Arbeiterparteien ihre Position um eine Stimme und den bedeutsamen Posten eines Schöffen verstärkt, u. zw. zieht an Stelle des zum Schöffen gewählten Lehrers Otto Herter Oskar Hegenbart in den Stadtrat ein.

Die D.A.P. ist dadurch in die Lage gekommen, die Interessen der deutschen Werktätigen nicht nur im Stadtrat, sondern auch im Magistrat wirksam verteidigen zu können. Der Pabianicer Ortsgruppe der D.A.P. gebührt für diese Politik Anerkennung.

Ozorkow. Pastorwahl. Am Sonntag wurde von der hiesigen evangelischen Gemeinde Pastor Bergmann aus Chelm für die vakante Pfarre gewählt.

Petrikau. Der hiesige Stadtrat besteht seit dem Jahre 1919 und ist bereits dekomplettiert, so daß er die Beschlüsse, die eine qualifizierte Mehrheit benötigen, nicht durchbringen kann. Infolgedessen haben die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Stadtrat aufzulösen. Die letzte Sitzung soll am 8. Juni stattfinden. Die „Freie Presse" berichtet darüber und stellt die Behauptung auf, daß die Neuwahlen auf Grund der alten von den Besatzungsbehörden eingesetzten Wahlordnung vorgenommen werden. Wir wollen den Herrn Redakteur der „Presse" belehren, daß es sich zwar um die alte, heute noch überall verpflichtende Wahlordnung handelt, daß diese aber nicht von den Besatzungsbehörden stammt (wir wollen annehmen, daß die „Presse" die Oesterreicher meint), sondern von der polnischen Behörde und zwar von Pilsudski.

Kielce. In der hiesigen Aushebungskommission wurde eine Affäre aufgedeckt. Einige 100 Rekruten wurden gesetzwidrig von der Dienstpflicht befreit. Eine Anzahl von Militär- und Privatpersonen wurde verhaftet.

Tschenstochau. Die Verwaltung der hiesigen Krankenkasse wurde in Verbindung mit den letzten Unterschlagungen aufgelöst. Für die Zeit bis zur Wahl einer neuen Verwaltung wurde ein Regierungskommissar eingesetzt.

Drohobycz. Bei den letzten Krankenkassenwahlen erhielt die P.P.S. von 50 Mandaten 46. 4 Mandate erhielt eine Beamtenliste. Eine ukrainisch-kommunistische sowie eine jüdische Arbeiterliste wurden für ungültig erklärt. An der Wahl nahmen 25 Prozent der Wahlberechtigten teil.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Achtung, Sänger! Die Singstunde findet Freitag, den 29. Mai 1925, pünktlich um 7 Uhr statt. — Nach der Singstunde: Monatssitzung. Da wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen, bittet um pünktliches und zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand.

Vorstand der Jugendabteilung. Sonnabend, den 30. Mai, 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Zamenhofa 17, eine Sitzung des Vorstandes der Jugendabteilung statt Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder des Vorstandes ist unbedingt erforderlich.

Auskunft in Sachen der Arbeitslosenunterstützungen

erteilt R. Schulz, Angestellter des Lodzer Arbeitslosenamtes, jeden Dienstag und Freitag von 1/2 4 Uhr bis 5 Uhr abends im Parteilokale der D. A. P., Zamenhofa 17.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. **Ludwig Kuk.**
Druck: **J. Baranowski**, Lodz, Petrikauer 109.